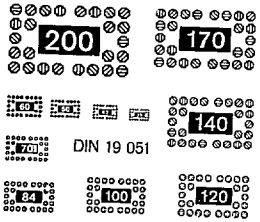

Archiv
des Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn
23. JUNI 1965

TATSACHEN - ARGUMENTE

Nr. 143 Mai 1965

Fritz Erler

Das Bündnissystem und Deutschlands Zukunft

Im folgenden bringen wir die Übersetzung eines Aufsatzes von Fritz Erler, im April-Heft von „Foreign Affairs", der im Februar 1965 geschrieben wurde:

Die deutsche Außenpolitik verfolgt drei Ziele, die nicht voneinander zu trennen sind: Bewahrung des Friedens, Verteidigung der Freiheit unseres Landes und die Wiederherstellung der deutschen Einheit mit friedlichen Mitteln. Keines dieser Ziele sollte auf Kosten der anderen vernachlässigt werden.

Anfang der 50er Jahre war eine große Debatte im Gange über den Rahmen, in dem die deutsche Wiederbewaffnung stattfinden sollte. Die westlichen Regierungen und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland befürworteten einen deutschen militärischen Beitrag zur NATO, wobei man darauf hoffte, daß dies sowohl die westliche Sicherheit verstärken als auch die Sowjetunion dazu zwingen würde, die deutsche Wiedervereinigung unter freien Bedingungen zuzulassen. Die sozialdemokratische Opposition hegte ihre Zweifel hinsicht-

38689

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

lich der zweiten Vorstellung. Sie wollte erkunden, ob die Sowjetunion nicht eher zu einer Wiedervereinigung bereit wäre, wenn die Sicherheitsabkommen in Europa keine Teilnahme der beiden Teile Deutschlands in feindlichen Militärbündnissen vorsahen. Es war klar, daß bewaffnete Neutralität und unbewaffnete Neutralisierung nicht in Frage kamen: Niemand würde sich mit der notwendigerweise gigantischen Wiederbewaffnung eines vereinten Deutschlands einverstanden erklären (und auch die Deutschen selbst würden das nicht gewollt haben); und ein unbewaffnetes und neutralisiertes Deutschland würde ein unerwünschtes Machtvakuum im Herzen Europas geschaffen und ein bitteres Gefühl der Enttäuschung beim deutschen Volk hervorgerufen haben. Eine derartige Lage hätte dauernd fremde Einmischungen in Deutschlands innere Angelegenheiten zur Folge gehabt. Deshalb hätte zu jener Zeit nur ein europäisches Sicherheitssystem, das eine gleichmäßige Teilnahme sowohl Deutschlands wie auch seiner Nachbarn unter angemessener Kontrolle und mit ausreichenden Garantien von seiten der Weltmächte vorsah, einen passenden Rahmen für Deutschlands Einheit gebildet — und damit wäre die verständliche Furcht der Sowjetunion vor einer Verbindung amerikanischer Stärke mit deutscher militärischer Tradition und all den ungelösten Problemen im Herzen Europas weggefallen.

In seiner Pressekonferenz vom 4. Februar 1965 bediente sich Präsident de Gaulle gewisser Wendungen, die an die Worte der deutschen Opposition in den fünfziger Jahren erinnerten: „Die Vereinigten Staaten, deren Politik von John Foster Dulles geprägt war, haben vielleicht geglaubt, daß der Westen durch eine Verstärkung der NATO Moskau zum Rückzug bewegen und so Deutschlands Einheit wieder herstellen könnte. Aber das war nur ein Traum, solange sich niemand zu einem Krieg entschloß, den weder Washington noch seine Verbündeten beabsichtigten." Ich bin neugierig, ob einige der rechtsstehenden deutschen Verehrer de Gaulles jetzt auch diese Argumentation akzeptieren werden.

Die veränderte Lage

Aber wir können nicht zu den fünfziger Jahren zurückkehren. Die Lage hat sich seither geändert. Aber einige Gedanken de Gaulles scheinen immer noch darauf zu fußen, daß wir uns tatsächlich noch in jener Epoche befinden — zum Beispiel seine Strategie der massiven Vergeltung gegen jede Art von Aggression. Seine Auffassung, daß das deutsche Problem ein ausschließlich europäisches Problem sei und sein Versuch, Europa mit den Attributen einer dritten Kraft zwischen Ost und West auszustatten, deuten in die neutralistische Richtung.

Im Jahre 1955 trat die Bundesrepublik Deutschland dem NATO-Bündnis bei, und die drei Westmächte ratifizierten die Pariser Verträge, denen zufolge Deutschland einen wesentlichen militärischen Beitrag zur NATO leistete, die drei Westmächte hingegen sich verpflichteten, die deutsche Wiedervereinigung nach den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechts und einer freien demokratischen Verfassung zu unterstützen. Heute können wir unsere Politik nicht so gestalten, als ob es diese internationalen Verpflichtungen nicht gäbe. Sie verpflichten alle Unterzeichner. Aber die strategische Lage hat sich verändert und damit auch die politischen Folgerungen. Im Jahre 1950 verfügten nur die Vereinigten Staaten über einsatzbereite Atomwaffen und über eine strategische Luftwaffe zu ihrer Anwendung; sie konnten die Sowjetunion im Falle eines Konflikts jederzeit treffen, blieben aber selber unverwundbar. Jetzt besitzen beide Staaten eine große Skala von Kernwaffen und eine fortgeschrittene Raketentechnik — es ist zu einem „Patt" gekommen. Die Errungenschaften der Sowjetunion auf diesem Gebiet versetzten sie in eine Euphorie ihrer neugewonnenen Macht, wie wir beim Berlin-Ultimatum vom Herbst 1958 sahen. Nur durch die Kuba-Krise gelang es, die sowjetische Position etwas zu mäßigen, indem man den sowjetischen Führern klarmachte, daß die Vereinigten Staaten im Notfall von Kernwaffen Gebrauch machen würden.

Dieses „Patt" schließt die Möglichkeit aus, einer Atommacht zur Durchsetzung von politischen Zielen mit militärischer Stärke zu drohen. Durch diesen Stand der Dinge ist es nicht leichter geworden, eine Lösung für die deutsche Frage zu finden. Zwar ist Sicherheit immer noch eines der Kernprobleme, die darauf Bezug haben, aber nicht mehr der alleinige Schlüssel zur Lösung.

Die rechtliche Lage ist klar: Solange es keinen Friedensvertrag gibt, sind Deutschlands Grenzen rechtmäßig die des Jahres 1937. Und es ist eine allgemein akzeptierte westliche politische Linie, daß nur eine freigewählte Regierung, die ganz Deutschland vertritt, den rechtlichen Auftrag besitzt, über diesen Friedensvertrag zu verhandeln. Keine Regierung eines Teils von Deutschland kann die Grenzen von ganz Deutschland festsetzen. Aber politisch gesehen müssen wir zugeben, daß keine gesamtdeutsche Regierung ins Leben gerufen

A38689

PV 17127

werden kann, ehe nicht bestimmte Probleme hinsichtlich der deutschen Einheit geklärt werden. Deshalb sind die Wiedervereinigung Deutschlands und die Vorbereitung eines Friedensvertrags nur zwei Seiten derselben Münze — der Zukunft Deutschlands. Das bedeutet auch, daß kein Friedensvertrag auf der Grundlage der derzeitigen sowjetischen Bedingungen geschlossen werden kann, das heißt ein Vertrag mit mehreren Deutschland. Einheit und Friedensvertrag bilden einen einzigen politischen Komplex, mit dem das Problem der Sicherheit verbunden ist. Deutschland möchte sicher sein vor fremden Interventionen oder Aggressionen, aber unsere Nachbarn möchten sich auch vor einer deutschen Aggression schützen, durch die sie in der Vergangenheit gelitten haben. Deshalb bilden das Sicherheitsproblem und das Problem der deutschen Grenzen einen Teil der Gesamtverhandlungen. Und schließlich spielen auch wirtschaftliche Probleme eine wichtige Rolle. Die derzeitige Sowjetzone ist auf vielerlei Art mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten verbunden. Deutschlands Wiedervereinigung wird nur dann möglich sein, wenn ganz Deutschland — oder besser gesagt, die europäische Wirtschaftsgemeinschaft — in den Augen der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder als Wirtschaftspartner anziehender wird als die derzeitige Sowjetische Besatzungszone allein.

Der Westen kann der Sowjetunion eine Lösung des Deutschlandproblems nicht aufzwingen. Aber ebensowenig darf man zulassen, daß die Sowjetunion ihre Lösung dem Westen aufzwingt, wodurch die Teilung des Landes und das Zerschneiden der Bindungen Berlins an den Westen besiegelt und obendrein das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland geschädigt würden — und all dies ohne irgendwelche angemessenen Gegenleistungen.

Die Bande aufrechterhalten

Nur Moskau kann über Deutschlands Einheit verhandeln. Ost-Berlin kann das nicht; es ist hoffnungslos, mit einem Regime über die Bedingungen seiner eigenen Abschaffung zu verhandeln. Die einzige Hoffnung liegt also darin, daß man der Sowjetunion die Wiederherstellung der deutschen Einheit interessant macht. Bis dahin jedoch

sind technische Vereinbarungen mit den Behörden der Sowjetzone nützlich, um die menschlichen Härten, die durch die Teilung des Landes und durch die Berliner Mauer entstanden sind, zu mildern. Wirtschaftliche und kulturelle Kontakte, der Besuch von Westberlinern im Ostsektor ihrer Stadt, die Reisen alter Leute aus der Zone nach Westdeutschland — all dies hält die zwischen zwei Teilen einer einzigen Nation selbstverständlichen Bande aufrecht. Um diese Bande zu bewahren und die Position der Bundesrepublik Deutschland bei Verhandlungen über den freien zivilen Zugang nach Berlin zu schützen, sollte der Interzonenhandel verstärkt werden. Man sollte dies von seiten der westlichen Partner Deutschlands nicht als unlauteren Wettbewerb betrachten; denn es geht hier nicht um Außenhandel, sondern um einen kleinen Rest jenes Blutkreislaufs, der früher durch eine nationale und wirtschaftliche Einheit floß. Wenn der deutsche Interzonenhandel zu sehr vom Handelsverkehr zwischen der Sowjetzone und den westlichen Ländern verdrängt wird, so würde damit ein weiteres Bindeglied zwischen den beiden Teilen Deutschlands zerstört und Herrn Ulbrichts Möglichkeiten zu Schikanen gegen Berlin vergrößert werden.

Aber diesen technischen Vereinbarungen ist eine Grenze gesetzt: Sie können nicht bis zu dem Punkt getrieben werden (wie Ulbricht das möchte), wo sie den Charakter von außenpolitischen Beziehungen zweier souveräner Staaten annehmen würden. In diesem Fall würde Ulbricht es nicht mehr nötig haben, Konzessionen zugunsten der Bewohner der Sowjetzone zu machen. So weit zu gehen würde bedeuten, Deutschlands Teilung ein für allemal anzuerkennen. Das aber würde von den Deutschen in der Sowjetzone als Verrat angesehen werden. Es handelt sich hier nicht um einen juristischen Streit, sondern um die unvermeidlichen Folgen der eisernen Zähigkeit, mit der die sowjetische Politik ihre Ziele zu erreichen versucht.

Unter den jetzigen Umständen, in denen keine sofortige Lösung abzusehen ist, muß die deutsche Frage offengehalten werden. Berlin ist der Beweis dafür, daß sie immer noch offen ist. Hier finden wir auch die letzten sichtbaren Beweise des Viermächte-Status. Die physische Gegenwart der Westmächte und die greifbaren Bindungen Westberlins an die Bundesrepublik Deutschland sind unentbehrlich für das freiheitliche Überleben dieser Stadt. Diese Bindungen haben mehr als nur eine wirtschaftliche Bedeutung, sie haben auch einen politischen Sinn. Die gelegentlichen Berlin-Besuche von Bundesorganen, einschließlich des Bundespräsidenten und des Bundestages, und die dauernde Anwesenheit von Bundesbehörden in Berlin, sind

notwendige Elemente, um Ulbrichts Anwesenheit in Ost-Berlin auszugleichen. Wenn die Bundesrepublik diese Symbole der Freiheit in West-Berlin nicht vorweisen könnte, würde der Viermächte-Status auf West-Berlin allein einschrumpfen und von der Sowjetunion dahingehend ausgelegt werden, daß sie in West-Berlin mitzureden hätte, ohne entsprechende Rechte der Westmächte in Ost-Berlin. Die Mauer ist eine ständige Vergewaltigung des Viermächte-Status. Es ist kein Grund vorhanden, weswegen man den Kommunisten freiwillig Geschenke machen sollte — zum Beispiel keine Plenarsitzungen des Bundestages mehr in West-Berlin einzuberufen. Seit dem sowjetischen Ultimatum im Jahre 1958 hieß die gesunde Grundregel: Keine Provokation, aber auch keine Kapitulation. Soll dies weiterhin gültig bleiben, so müssen wir unsere Rechte ausüben und sie nicht aufgeben, weder auf einmal noch schrittweise. Die Haltung der Westmächte und Westdeutschlands zu Berlin wird als ein Hinweis auf ihre Haltung zu Deutschlands Zukunft gewertet.

Das Vertrauen des Westens muß vorhanden sein

Wer soll über diese Zukunft mit der Sowjetunion verhandeln? Die Antwort findet sich in förmlichen internationalen Verpflichtungen — im Viermächteabkommen von 1944 und 1945 und im Pariser Abkommen von 1955, in denen sich die Westmächte bereit erklären, sich um die deutsche Einheit zu bemühen. Um dies Ziel zu erreichen, können sie alle gangbaren Wege benutzen. Die Vereinigten Staaten können als Sprecher für alle auftreten, sobald es möglich sein wird, die deutsche Frage in einem passenden Zusammenhang ins Gespräch zu bringen. Natürlich sind präzise Absprachen zur Vermeidung von Mißverständnissen notwendig. Die Arbeitsgruppe in Washington ist ein gutes Instrument zur Vorbereitung solcher Gespräche, falls diese zu einer Viermächte-Konferenz oder irgend einer anderen Form von Ost-West-Kontakten führen sollen. Diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion können ebenfalls nützliche Dienste leisten. Aber Deutschland muß sich davor hüten, sich in der sowjetischen Falle isolierter direkter Verhandlungen fangen zu lassen; es würde zu nichts führen, wenn das kleine Deutschland es allein mit der Sowjetmacht aufnehmen wollte. Der sowjetische Versuch, das Deutschland-Problem an Ulbricht zu

verweisen, läuft auf das gleiche hinaus; bei Verhandlungen mit Ulbricht würde die Sowjetunion anwesend sein, die Bundesrepublik Deutschland aber wäre allein, ohne die Hilfe und das Vertrauen ihrer westlichen Verbündeten, und hätte obendrein die alte Furcht vor einem Rapallo wieder lebendig gemacht. Um irgendein Ergebnis zu erzielen, muß ein der Sowjetunion ebenbürtiger Verhandlungspartner am Konferenztisch sitzen. Deshalb sind keine ernsthaften Verhandlungen ohne die Teilnahme und die Unterstützung durch die Vereinigten Staaten möglich. Ihre Verantwortung für Deutschlands Sicherheit und für den Schutz von Berlin lassen in jedem Fall ihre Teilnahme lebenswichtig erscheinen.

Das weist auf eine gefährliche Bemerkung in de Gaulles Pressekonferenz vom 4. Februar hin. Er sagte dort, daß er das deutsche Problem als eine europäische Frage ansähe, die von den Europäern allein — das heißt mit der Sowjetunion, aber ohne die Vereinigten Staaten — geregelt werden müsse. Dies aber würde die Viermächte-Verantwortung für Deutschland zerstören und die förmlichen Verpflichtungen des Pariser Vertrages ungültig machen. Wenn die französische Regierung jetzt behauptet, daß de Gaulles Bemerkung falsch ausgelegt wurde, so muß sie erklären, wie diese Worte wirklich gemeint waren; denn nimmt man sie als bare Münze, so würden sie das Kräftegleichgewicht in Europa zerstören und der sowjetischen militärischen Überlegenheit und geographischen Nähe einen gewaltigen Einfluß auf die europäische Politik einräumen. Französische oder europäische Sehnsüchte sind kein Gegengewicht gegen die sowjetische Macht, das allein durch die Zusammenarbeit und die enge Verbindung mit der anderen Weltmacht, den Vereinigten Staaten, gebildet werden kann.

De Gaulles Hoffnung auf lange Sicht, daß Deutschland erst dann wiedervereinigt sein wird, wenn die Sowjetunion nicht mehr eine totalitäre Macht ist und nachdem die osteuropäischen Nationen ihre Freiheit wiedererlangt haben, ist eine großartige Vision, aber keine Hilfe für die absehbare Zukunft. Auch ergibt sich daraus kein Hinweis für unsere gegenwärtige Politik. In der Tat zerstört seine Prophezeiung alle Hoffnung; denn es besteht wenig Aussicht, daß Rußland den Kommunismus aufgeben wird, auch wenn man einräumen mag, daß die Formen des Kommunismus sich ändern werden. Die Lage der osteuropäischen Staaten und die der Sowjetzone ist nicht die gleiche. Der größere Teil Deutschlands ist frei, und es gibt eine deutsche Regierung, die wirklich unabhängig ist und aktiv an internationalen Organisationen teilnimmt. In der Sowjetzone haßt das Volk die gegenwärtigen Machthaber, was durch den Strom

von Flüchtlingen und durch die Mauer, die zur Eindämmung dieses Stroms gebaut wurde, bewiesen wird. Die dortige Regierung kann keine nationalen Ziele vertreten, wie es die kommunistischen Regierungen in Osteuropa tun. Sie muß gegen das nationale Interesse handeln, denn sonst sähe sie sich sofort in Übereinstimmung mit Bonn. Deshalb wäre es sinnlos, die deutsche Frage den Kräften der Evolution zu überlassen und derweil die Hände in den Schoß zu legen.

In seiner Pressekonferenz fand de Gaulle sehr warme Worte, um die Notwendigkeit der deutschen Einheit zu unterstreichen. Er sagte, daß es keinen Frieden in Europa ohne ein wiedervereinigtes Deutschland geben könne, aber er zog daraus nicht die richtigen Schlußfolgerungen — daß es nämlich notwendig ist, für diese Wiedervereinigung als ein Mittel zur Förderung der Freiheit in Osteuropa zu arbeiten.

Die „Furcht" vor Deutschland mildern

Präsident de Gaulle hat recht mit seiner Mahnung, man solle die Furcht vor Deutschland bei seinen osteuropäischen Nachbarn zu mildern suchen. Die deutsche Politik hat bereits bessere Beziehungen durch Handelsmissionen und durch individuellen und kulturellen Austausch geschaffen, und diese Beziehungen könnten durchaus verstärkt werden. Die deutsche Industrie macht einen interessanten Versuch, Industriewerke in Zusammenarbeit mit den kommunistischen Regierungen von Osteuropa zu errichten, um die dort vorhandenen Arbeitskräfte auszunützen. Aber wir müssen einen Unterschied machen zwischen Osteuropa und der Sowjetunion. Wir sollten die wirtschaftliche Basis der Unabhängigkeit in den osteuropäischen Staaten verstärken, ohne zu versuchen, Spannungen zwischen ihnen und der Sowjetunion hervorzurufen. Kredite für Osteuropa haben nicht die gleiche Wirkung wie in der Sowjetunion. Kredite für die Sowjetunion kommen einer Entwicklungshilfe ohne politischen Ertrag gleich und sollten darum nicht ohne politische Gegenleistungen eingeräumt werden. Die Sowjetunion hat in Ägypten bewiesen, daß sie in der Lage ist, große Summen zu vergeben. Warum sollten wir dazu beitragen, dem Westen noch mehr Schwierigkeiten zu machen? Im Ost-West-Handel ist ein Minimum an Zusammenarbeit zwischen den westlichen Regierungen notwendig, da sonst der Konkurrenzkampf der einzelnen Staaten und der Firmen untereinander sie schon kommerziell bei ihrem Umgang mit einer staatlichen Planwirtschaft, die als ein einziger Geschäftspartner auftritt, benachteiligt, von den damit verbundenen politischen Problemen ganz zu schweigen.

Es gibt keine Lösung der Deutschlandfrage ohne einen neuen Weg auf dem Gebiet der Sicherheit. Solange das Wettrüsten andauert, wird Deutschland geteilt bleiben. Aber Rüstungskontrolle und Rüstungsbeschränkung führen nicht automatisch zur deutschen Einheit; denn man könnte ihnen auch Deutschlands Teilung zugrunde legen. Doch würden Abmachungen auf dieser Grundlage nur eine Scheinsicherheit schaffen; denn ein neues Wettrüsten würde unfehlbar anheben, solange nicht eine der Hauptursachen der Spannung entfernt wird. Es liegt nicht in Deutschlands Interesse, die Abrüstung zu blockieren, sondern im Gegenteil, sie voranzutreiben. Deshalb begrüßen wir die Entscheidung der Bundesregierung, einen Abrüstungsbeauftragten beim Auswärtigen Amt zu ernennen, der über die notwendigen personellen und Forschungsmöglichkeiten verfügt. Er wird herausfinden müssen, welche Vorschläge auf dem Gebiet der Abrüstung der deutschen Einigung schaden, welche ihr nützen, und welche ohne Belang für sie sind. Nur dann wird es möglich sein, deutsche Vorschläge als Beitrag zu internationalen Verhandlungen zu machen.

Die nukleare Gemeinschaftslösung

Der Westen hatte sich zum Ziel gesetzt, die Streuung von Kernwaffen zu vermeiden. Deshalb muß man den Versuch Großbritanniens, sein vorhandenes atomares Arsenal aufzugeben, begrüßen; aber dieser Versuch wird nur sinnvoll, wenn wir nationale durch Gemeinschaftslösungen ersetzen. Das französische Beispiel würde zu Kernwaffenbesitz für jeden führen. Kein verantwortungsbewußter Deutscher wünscht Kernwaffen für Deutschland; aber in einer Welt, wo jede Nation darüber verfügt, würde es auf die Dauer unmöglich sein, ein Land allein auszuschließen, ohne ein Gefühl des Zurückgesetztseins, das schließlich zu heftigem Nationalismus führen muß, heraufzubeschwören. Deshalb befürwortet Deutschland eine Gemein-

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

schaftslösung innerhalb des Bündnissystems. Viele Jahre lang bin ich dafür eingetreten, daß die europäischen NATO-Partner ein Mitspracherecht bei der Planung, bei den Entscheidungen über eine gemeinsame Strategie, bei der Vorbereitung und Entwicklung zukünftiger Waffengattungen und ähnlichen Dingen erhielten, daß aber die endgültige Entscheidung über die Anwendung von Kernwaffen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten als dem Treuhänder des Bündnisses überlassen bleiben solle, der jedoch seine Entscheidung auf eine allgemein vereinbarte Strategie stützen müsse. Die multilaterale Atomstreitmacht war die zweitbeste Alternative zu der einfacheren Lösung, jedem NATO-Partner — vorausgesetzt, er leistet einen angemessenen Beitrag auf dem konventionellen Gebiet — ein Mitspracherecht auch bei der nuklearen Strategie einzuräumen. Da dieser Vorschlag von keiner Regierung aufgegriffen wurde, war die MLF mit gemeinsamer Finanzierung und gemeinsamem Eigentumsrecht ein Schritt in die richtige Richtung. Eine Gemeinschaftslösung könnte auch eine andere Form haben, aber jede Lösung muß der Gemeinschaft dienen und nicht nur bilateral sein. Sollte Europa sich einmal zusammenschließen, könnte sein Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung mit dem der Vereinigten Staaten integriert werden, aber er kann den letzteren nicht ersetzen.

Arbeitsteilung sollte den Erfahrungsaustausch auf allen Gebieten der modernen Technologie nicht ausschließen, denn sonst bleibt die friedliche Nutzung militärischer Technik das Monopol einiger weniger. Wenn man nicht den Industrien aller NATO-Länder hilft, wird eine starke Tendenz zur Entwicklung nationaler Kernwaffenindustrien in den meisten westlichen Ländern oder vielleicht auf europäischer Ebene hervortreten, mit all der Verschwendung von Hilfsmitteln und allen schlechten psychologischen Folgen, welche dies für die Solidarität des Bündnisses nach sich ziehen würde. Nicht jeder muß für alles sorgen, aber das gesamte Potential des Bündnisses muß jedes einzelne Mitglied schützen.

Die atlantische Brücke ist notwendig

Dies wäre der Geist der europäisch-amerikanischen Partnerschaft, die auf zwei Säulen ruht. Aber Säulen sollen auch etwas stützen; sie sind sinnlos ohne eine atlantische Brücke. Die beiden Säulen

sollen nicht unabhängig voneinander, sondern vielmehr eine Funktion der wechselseitigen Abhängigkeit, der Interdependenz, sein, die bereits eine Tatsache und nicht etwa ein entferntes Ziel ist. Die geographische Lage, die Technik und die Kosten einer modernen Verteidigung machen eine amerikanische Teilnahme — ja sogar Integration in die europäische Verteidigung zu einer Lebensnotwendigkeit. Wir hören manchmal in Frankreich, daß die Vereinigten Staaten nicht zuverlässig seien, da sie in zwei Kriegen zu spät kamen. Aber es besteht ein himmelhoher Unterschied zwischen den förmlichen amerikanischen Verpflichtungen und der tatsächlichen amerikanischen Anwesenheit heute und der Lage in den Jahren 1914 oder 1940. Raymond Aron hatte recht, als er im „Figaro" darauf hinwies, daß die gegenwärtige französische Politik zur Gewinnung von mehr Einfluß nur dann sinnvoll werde, wenn die Vereinigten Staaten zuverlässiger seien, als dies gewisse französische Kreise wahrhaben wollen, und auch sinnvoll nur, weil amerikanische Kernwaffen und amerikanische und deutsche konventionelle Streitkräfte dieser Politik den nowendigen Schutz gewähren. Folgt man der Auffassung der derzeitigen französischen Strategie, so soll jede Aggression durch die Drohung mit einer sofortigen Anwendung von Kernwaffen abgeschreckt werden. Diese Drohung hat ihre Glaubwürdigkeit verloren, sogar wenn sie von den Vereinigten Staaten vorgebracht wird, aber von Westeuropa her war sie nie glaubwürdig, denn Europa ist und bleibt verwundbarer für sowjetische Schläge als die Vereinigten Staaten. Man kann einen Aggressor nur abschrecken, wenn der Angegriffene über mehr Alternativen als nur Selbstmord oder Kapitulation verfügt. Um eine glaubwürdige Abschreckung zu schaffen, muß die Fähigkeit, einen Krieg zu führen, falls diese Abschreckung fehlschlagen sollte, vorhanden sein. Nur soviel Kraft soll angewandt werden, wie notwendig ist, der Drohung zu begegnen und die Aggression an Ort und Stelle aufzuhalten. Ein Staat, der nur über Kernwaffen verfügt, ist wehrlos gegen andere Formen der Aggression oder Erpressung. Im Lichte seiner Strategie bilden weder Frankreichs derzeitige Stärke noch seine zukünftigen Möglichkeiten eine Alternative für die amerikanische Verpflichtung und Anwesenheit, die notwendig bleiben, solange und bis ein wesentlicher Fortschritt in Richtung auf eine allgemeine Abrüstung — in der Realität und nicht auf dem Papier — erzielt ist.

Die Vereinigten Staaten haben zu diesen Fragen Pläne für eine gemeinsame Bündnisstrategie entwickelt. Es ist jedoch verständlich,

daß sie sich nicht den Vorwurf zuziehen wollen, ihre Auffassung den widerstrebenden Verbündeten aufgedrängt zu haben. Aber wenn der politische Wille der stärksten Macht innerhalb des Bündnisses nicht sichtbar ist, so wird ein anderer diese Lücke ausfüllen. Dies erklärt den wachsenden Einfluß de Gaulles in einigen europäischen Ländern, einschließlich Deutschlands. Natürlich ist die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland eine der großen Errungenschaften der Nachkriegszeit. Sie darf niemals aufgegeben werden; sie ist fest verankert in den zwei Nationen, die solange unter der gegenseitigen Feindschaft gelitten haben. Aber die Präambel zum deutsch-französischen Vertrag, die auf Verlangen des deutschen Bundestages hinzugefügt wurde, besagt, daß die Freundschaft in die europäische Gemeinschaft und die atlantische Solidarität eingebettet werden muß.

Bundeskanzler Erhard kehrte aus Paris und Rambouillet mit der Erklärung einer vollen Übereinstimmung mit de Gaulle zurück. Als der Bundeskanzler von seinem letzten Besuch bei Präsident Johnson zurückkehrte, befand er sich auch in voller Übereinstimmung mit diesem. Besteht nun aber tatsächlich völlige Übereinstimmung zwischen Johnson und de Gaulle und Erhard, oder haben diese Erklärungen keine wirkliche Bedeutung? Es ist mehr als zweifelhaft, daß eine Übereinkunft über Deutschlands Zukunft, die Gestalt Europas, die Zukunft des Bündnisses und die gemeinsame Strategie besteht. Das Klima innerhalb des Bündnisses ist besser als vor einigen Monaten, aber dies ist eher eine Folge des Hinausschiebens von wichtigen Entscheidungen als von neuen Abkommen.

Synchronisierung der Strategie

Um Entscheidungen zu treffen, muß erst einmal offen diskutiert werden. Eine Strategie des Friedens erfordert eine gemeinsame westliche Position in bezug auf Abrüstungsfragen, aber unglücklicherweise hat Frankreich seinen Platz in Genf nicht eingenommen. Bessere Beziehungen zwischen Ost und West können nicht durch einen westlichen Konkurrenzkampf, sondern nur durch ein sorgfältiges Aufeinander-Abstimmen der westlichen Politik erzielt werden, einer Politik, die eine gewisse Flexibilität der einzelnen Positionen vorsieht. Da keine besseren Sicherheitsabmachungen in Kraft getreten sind, müssen wir unsere Verteidigung dergestalt organisieren, daß alle Eventualitäten in Betracht gezogen werden, und nicht nur die am wenigsten wahrscheinliche, ein atomarer Angriff.

Europa muß eine echte Gemeinschaft werden, so daß es ein Partner der Vereinigten Staaten sein kann, der mit einer Zunge spricht. Durch das Aufeinander-Abstimmen der Politik auf einer Reihe von Regierungskonferenzen wird diese Gemeinschaft noch nicht ins Leben gerufen, wie die Geschichte der Diplomatie seit über 2000 Jahren bewiesen hat. Europa braucht Institutionen. Staatsmänner, die nicht bereit sind, die bereits bestehenden Institutionen zu entwickeln, neue Gebiete in den Gemeinschaftsbereich einzubeziehen, die europäischen Behörden einer angemessenen demokratischen Kontrolle zu unterwerfen und den europäischen Rahmen durch die Aufnahme neuer Mitglieder zu erweitern, gestalten nicht das Europa von morgen, sondern versuchen, unabhängige souveräne Staaten mit den Methoden von gestern zu beeinflussen.

Europa muß sich entscheiden, ob es partnerschaftliche Beziehungen mit den Vereinigten Staaten wünscht oder ob es die Vereinigten Staaten, obgleich es dem Gedanken der Partnerschaft Lippendienste leistet, auf den Platz eines entfernten Freundes verweist. Die Auffassung von Europa als einer „dritten Kraft" kann nicht zu einem politischen Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb des atlantischen Bündnisses führen; aber de Gaulle kam einer derartigen Auffassung in seiner letzten Pressekonferenz sehr nahe, mit der folgenden Einschränkung: er weigert sich sogar, diese Kraft zu organisieren. Niemals aber hat er angegeben, wie denn Europa wirksam organisiert werden solle.

Deutschlands Zukunft kann nicht solange warten, bis ein Wunder geschieht. Wir müssen bessere Bedingungen für ein neues Herangehen schaffen — indem wir zu Hause in Deutschland unsere Arbeit leisten, die miteinander zusammenhängenden komplizierten Probleme untersuchen, eine gemeinschaftliche westliche Position schaffen, von der aus allein der Sowjetunion ein ernsthafter westlicher Vorschlag unterbreitet werden kann. Auf seiner letzten Pressekonferenz war de Gaulle zurückhaltend und höflich. Seine früheren Äußerungen hatten Eindruck bei bestimmten Kreisen der

deutschen öffentlichen Meinung gemacht, die nun dazu neigten, den Vereinigten Staaten zu große Nachgiebigkeit und unnötige Konzessionen gegenüber der Sowjetunion vorzuwerfen, im Gegensatz zu dem, was man für de Gaulles harte Politik hielt. Diejenigen, die diese Meinung vertraten, werden jetzt ihren Fehler einsehen. De Gaulle will seine eigene Entspannung haben, und vertagt darum die deutsche Frage. Die amerikanische Politik hat wenigstens die Möglichkeit offengelassen, daß ein Fortschritt in der Deutschland-Frage einen Teil der Entspannungspolitik bilden könne.

Worte wie „nationale Souveränität", „Größe" und „Stolz", obwohl manchmal mit einem europäischen Etikett versehen, könnten in Deutschland gefährlich werden und nationalistische Gefühle wecken — besonders, wenn man diese Worte mit einer Überschätzung der deutschen und französischen und einer Unterschätzung der realen Machtsituation in der Welt verbindet.

Der Wille zum Bündnis

Wir sollten diese Gefahren nicht mit dem Ausdruck einer gesunden nationalen Solidarität verwechseln. Die deutschen demokratischen Kräfte müssen beweisen, daß sie nach Freiheit und Einheit für die ganze Nation streben. Wenn diese Kräfte sich die legitimen Interessen des deutschen Volkes nicht zu eigen machen, könnten andere sich dieser nationalen Ziele bemächtigen und sie gegen die Demokratie wenden. Wir waren Zeuge des Aufkommens solcher Gefahren in der Weimarer Zeit. Deshalb müssen unsere westlichen Verbündeten fest zu uns stehen bei der Unterstützung von Deutschlands Lebensinteressen. Wenn sie dies nicht tun, wird das Bündnis seine Anziehungskraft für Deutschland verlieren. Verpflichtungen sind nicht einseitig, sondern gegenseitig. Das deutsche Volk weiß sehr wohl, daß es seine Sache nicht allein ausfechten kann, daß eine friedliche Lösung des deutschen Problems nur mit Hilfe von Freunden und dem Verständnis der anderen möglich ist. Es weiß, daß es

nur überzeugen, nicht zwingen kann. Wenn diese Gewißheit aufrecht erhalten werden soll, müssen wir uns beständig anstrengen, sorgfältig arbeiten und Vertrauen zueinander haben.

Die europäische Gemeinschaft macht Fortschritte; ihre Institutionen beweisen, daß Geduld und harte Arbeit sich bezahlt machen, wenn sie mit einem festen Willen verbunden sind. Laßt uns diesen Willen im westlichen Bündnissystem und seiner Führung wieder ins Leben rufen! Ohne ein wirksames Bündnis gibt es keine angemessene Hilfe für die Entwicklungsgebiete, keinen Frieden und keine Sicherheit für uns alle, und keine deutsche Einheit.

Herausgeber: Vorstand der SPD, SOPADE-Rednerdienst, Redaktion: Wolf Koch, Bonn, Ollenhauerstraße 1. Druck: Neuer Vorwärts-Verlag, Abteilung Bonn-Druck, Bonn, Burgstraße 81. 5 - 65 — A 1 - 110 — Bestell-Nr. 2643